Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage **Leben, Wissen, Kunst** sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75 unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 221. | Dresden, Freitag den 23. September 1910. | 21. Jahrg.

Ein Gewaltstreich der Metallindustriellen.

Man plant die Aussperrung von mehr als 400 000 Metallarbeitern!

Es wird gemeldet:

Berlin, 22. September. Der Gesamtverband deutscher Metallindustriellen erläßt folgende Bekanntmachung: Der Ausschuß des Gesamtverbandes deutscher Metallindustriellen hat in seiner am 22. September d. J. in Berlin stattgehabten Sitzung einstimmig beschlossen, die Seeschiffswerften in ihrem Kampfe gegen die Bestrebungen der Gewerkschaften zu unterstützen. Es soll deshalb am 1. Oktober nach Arbeitsschluß **eine Aussperrung von 60 Proz. der gesamten Belegschaft eintreten, welche nicht früher aufgehoben wird, als** die Differenzen auf den Seeschiffswerften beendet und die von den Ausständigen veranlaßten Sympathiestreiks aufgehoben sind. Die Riegelvereine sind von diesem Beschluß telegraphisch verständigt worden.

Es sinnen also die scharfmacherischen Kapitalisten der Metallindustrie auf einen ungeheuerlichen Gewaltstreich von unübersehbaren Folgen.

Es ist dem Werftunternehmertum nicht gelungen, die Arbeiter der Seewerften zur Unterwerfung zu zwingen. Sie haben alle ihre Mittel versucht, sie haben die künstlich aufgepäppelten „Verbände" der „nationalen Arbeiter" vergeblich als Streikbrecher zu benutzen sich bemüht. **Jetzt wollen sie es auf einen riesigen Entscheidungskampfe gegen die gewerkschaftliche Vertretung der Arbeiter, gegen den deutschen Metallarbeiterverband, treiben.**

Wenn die Drohung wahr gemacht werden würde, daß 60 Prozent der in den Betrieben des Verbandes der Metallindustriellen beschäftigten Arbeiter auf das Pflaster geworfen werden sollen, so würde es sich um **mehr als 300 000 Arbeiter** handeln. Das würde zu einem **Kampfe führen, wie** er **in solchem Umfange und in solcher Schärfe** noch **niemals in Deutschland ausgefochten** wurde.

Eine weitere Meldung, **die aus Leipzig kommt, zeigt,** daß die Unternehmer der Metallindustrie bereit sind, in dem von ihnen geplanten Kampfe mit den allerschimpflichsten Mitteln zu arbeiten. Der Leipziger Verband der Metallindustriellen hat mit Rücksicht auf die **bevorstehende Aussperrung** der Metallarbeiter beschlossen, sofort **Erhebungen darüber anzustellen, welchen Organisationen die Arbeiter angehören.** Die den Arbeitern vorzulegenden Fragen lauten: 1. Sind Sie Mitglied irgendeiner Arbeiterorganisation? 2. Welchen Verband gehören Sie an? Wer von den Arbeitern **ungenügende** Angaben macht, soll ohne weiteres dem **Deutschen Metallarbeiterverbande zugezählt werden und die daraus entstehenden Konsequenzen tragen, d. h. auf die Straße gesetzt** werden!

Man scheut sich nicht, ein System der Inquisition anzuwenden, das allen neuzeitlichen Begriffen vom Recht der menschlichen Persönlichkeit **schnurstracks zuwiderläuft und das** Koalitionsrecht der Arbeiter illusorisch macht. Vorausgesetzt natürlich, daß dieses System **Erfolg** haben würde. Aber es wird keinen Erfolg haben.

Allerdings, zunächst sollen nochmals **Verhandlungen mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes** gepflogen werden. Diese Verhandlungen sollen wahrscheinlich am 26. September beginnen und, falls sie zu einem Resultat führen, soll die Aussperrung unterbleiben.

Es ist selbstverständlich aufs äußerste zu wünschen, daß es bei diesen Verhandlungen gelingt, ein günstiges Ergebnis zu erzielen, damit das deutsche Wirtschaftsleben vor so schweren Erschütterungen bewahrt bleibt. Ebenso selbstverständlich aber ist es, daß von einer Unterwerfung unter die Gebote der Herren der Metallindustrie nicht die Rede sein kann. **Wenn es nicht anders sein soll, würde die treffliche Armee der deutschen Metallarbeiterschaft mit Unterstützung der gesamten deutschen Arbeiterklasse den Kampf gegen das Unternehmertum mit aller Entschiedenheit zu führen wissen!**

* * *

Berlin, 23. September. Gestern demonstrierten die hiesigen aussperrten Werftarbeiter gegen die von der Berliner Versammlung des Gesamtverbandes der deutschen Metallindustriellen zu erwartenden weiteren Ausführungsbeschlüsse. Die Demonstranten versammelten sich in verschiedenen Lokalen der hauptsächlich von den Werftarbeitern bewohnten Vororte Bredow und Füllchow und vereinigten sich dann zu einem — polizeilich genehmigten — Umzuge in der Birkenallee. Es befanden sich auch zahlreiche Frauen und Kinder im Zuge, der in einem größeren Versammlungslokal endete.

Die Vorgänge auf dem Parteitage und die gegnerische Presse.

Ueber die Vorgänge auf dem Parteitage in Magdeburg, die sich am Schluß der Beratungen über die Budget-Abstimmungsfrage zutrugen, sowie über die Erledigung dieser Frage im allgemeinen wird in unserer Parteipresse noch zu sprechen sein. Schon jetzt aber ist ein Wort über die Versuche zu sagen, die die Feinde der Sozialdemokratie unternehmen, um Kapital aus den Magdeburger Verhandlungen zu schlagen.

Die Gegner unserer Partei lauerten ja darauf, daß irgend etwas geschehen möge, was sie ausnutzen könnten. Wie auch immer der Verlauf der Verhandlungen in Magdeburg gewesen wäre, sie hätten irgend etwas zusammenfabuliert und zusammenkonstruiert, um vielleicht einen Nutzen zu ziehen. Es ist auch durchaus begreiflich, daß sie in den schweren politischen Nöten, in denen sie sich befinden, selbst nach einem Strohhalm begierig greifen. So greifen sie denn nach den heftigen Debatten in Magdeburg und suchen der Welt einzureden, daß es nicht ein Strohhalm sei, den sie ergreifen, sondern ein fester guter Balken, auf dem sie sich aus der Brandung erretten können, in der ihr politisches Schifflein gestrandet war.

Der Feldzugsplan der Reaktion läßt sich aus den Stimmen der Berliner Presse schon deutlich erkennen. Offenbar liegt auch bereits eine Art offiziöser Losung vor, nach der diese Blätter fast übereinstimmend vorgehen. Es ist das eine Losung, die freilich schon fertig sein konnte, ehe noch die Magdeburger Geschehnisse selbst sich vollendeten. Dieser Schwindeltrick der Reaktionspresse lautet dahin, daß in Magdeburg der extreme Radikalismus in der Sozialdemokratie einen vollständigen Sieg errungen habe, nicht nur über die Süddeutschen, sondern auch über den noch einigermaßen vermittelnden Parteivorstand. Die extreme Linke sei gewalttätig auch über den Parteivorstand und über Bebel hinweggeschritten. Also — so wird gefolgert und das ist der Zweck der ganzen Uebung —, also die liberalen Parteien und die „Mitläufer" der Sozialdemokratie müssen erkennen, daß sie mit der Sozialdemokratie keinerlei Berührung haben dürfen, daß sie vielmehr **dem Rufe des Reichskanzlers nach Sammlung aller bürgerlichen Parteien** gegen die Sozialdemokratie Folge leisten müssen. Die krampfhaften Versuche einer Sammlungspolitik gegen die Sozialdemokratie sollen aus den Magdeburger Verhandlungen endlich Unterstützung und bessere Aussicht erhalten als sie bisher hatten.

Eine charakteristische Probe dieser Ausnutzungsversuche ist folgende Aeußerung des offiziös benutzten Berliner Lokal-Anzeigers:

„Trotz der bevorstehenden allgemeinen Reichstagswahlen ist es zu einem heftigen Eklat gekommen, dessen Folgen nicht nur die Sozialdemokratie, sondern das **ganze Parteiwesen im Deutschen Reich** beeinflussen dürfte. . . . Die **revolutionistische Richtung** hat in dieser Nacht die Oberhand gewonnen und behalten. . . Die nächste Folge wird jedenfalls ein **Rückschlag in der Haltung der liberalen Parteien** sein, die seit dem Scheitern der Blockpolitik, ob sie wollten oder nicht, mehr und mehr nach links gedrängt wurden. **Diese rückläufige Bewegung verändert auch mit einem Schlage die Chancen der Partei für die nächsten Reichstagswahlen.**"

Die Herrschaften nehmen sich, wie man sieht, auch schon auf Vorschuß den Erfolg ihrer Bemühungen voraus.

Auch die Deutsche Tageszeitung arbeitet nach ähnlichem Klischee, sie überschreibt ihren Artikel: „**Die Radikalen gegen Bebel**":

„Die Bedeutung dieses Vorganges liegt zunächst darin, daß die Sozialdemokratie, und zwar **ihre radikale Mehrheit, sich zum ersten Male gegen die Bebelsche Führung in aller Form aufgelehnt** hat. Bebel selber hat an den Verhandlungen der Zubeilgruppe nicht teilgenommen, aber im Laufe des Abends wiederholt versucht, durch persönliche Gespräche mäßigend einzuwirken. Es war vergeblich: seine Autorität **versagte** ebenso wie die des **Parteivorstandes**, in dessen Namen Genosse Fischer mit allen Kräften um Vermittlung bemüht war. Die besondere Bedeutung aber erhält diese Auflehnung der Mehrheit gegen Bebel durch die Tatsache, daß man dem greisen Führer die Gefolgschaft in dem Augenblicke versagte, wo er tatsächlich die Partei der Revisionisten nahm."

Es bedarf keiner weiteren Widerlegung derartiger abgeschmackter und schwindelhafter Darstellungen, die nur darauf ausgehen, die mit den wirklichen Verhältnissen wenig vertrauten Bevölkerungskreise gruselig zu machen, und vielleicht auch noch die törichte Nebenabsicht haben, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Sozialdemokratie bis zu Spaltungen zu treiben, wovon natürlich erst recht die Reaktion ihren Vorteil haben würde.

Gewiß, das könnte den Feinden des Volkes, der Bethmannschen Regierung und allen ihren Helfershelfern gefallen, wenn jetzt im öffentlichen Leben Deutschlands **nicht mehr von den Sünden der Reaktion, von Steuerdruck, von Wahlrechtsverweigerung, von Fleischnot und alledem** die Rede wäre, sondern nur noch von der bösen Sozialdemokratie, die so schlimm auftrete, daß „alle besonnenen Leute" sich gegen sie verbünden müssen. Man möchte sich anscheinend in jenen Kreisen der Hoffnung hingeben, daß nunmehr „eine Wendung durch Gottes Fügung" eingetreten sei und daß es möglich sein werde, dem Steigen der roten Flut Halt zu gebieten.

Wir sind überzeugt, daß diese gegnerischen Bemühungen erfolglos bleiben werden. Sie beruhen auf einer vollständigen Verkennung und unwahren Darstellung der wirklichen Verhältnisse in der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie ist nach der Budgetabstimmungsdebatte in Magdeburg, wie immer auch einzelne Vorgänge in dieser Debatte umstritten sein mögen, dieselbe, die sie vorher war. Wir nehmen das Recht für unsere Partei in Anspruch, das wir auch andern Parteien gern gewähren, **unsere inneren Angelegenheiten entsprechend den Ueberzeugungen unsrer Parteimitglieder** zu ordnen. Wenn es dabei einmal zu heftigen Auseinandersetzungen kommt, so ist das unsere Sache. Wir sind aber **einig** im Kampfe gegen die kapitalistischen Feinde der Arbeiterklasse, einig im Kampfe gegen Missetaten des herrschenden Regiments. Und wir werden dafür Sorge tragen, daß es dem herrschenden Regiment nicht im allergeringsten gelingen wird, seine Versündigungen durch gehässige Ausnutzungen unserer inneren Parteiangelegenheiten zu verschleiern.

Die Magdeburger Budgetabstimmungs-Debatte wird wahrlich keine Rettungsplanke für das herrschende Regiment der Junker und Scharfmacher abgeben!

Deutsches Reich.

Das Steuer-Gespenst.

Der L.-A. meldet: „Das Ergebnis der vielstündigen **Besprechungen des Reichskanzlers** mit seinen Ministerkollegen und den Staatssekretären, insbesondere dem Reichsschatzsekretär, ist, wie zuverlässig verlautet, daß von dem Versuch, neue **Reichssteuern auszuschreiben, mindestens vor den Reichstagswahlen des nächsten Herbstes Abstand genommen** wird. Man wird mit der **größtmöglichen Sparsamkeit** auszukommen suchen. Die Vorarbeiten zur Aufstellung des nächsten Reichsetats sind, wie wir entgegen anderslautenden Meldungen mitteilen können, noch keineswegs abgeschlossen. Gegenwärtig sind erst die einzelnen Etats mit den vom Reichsschatzamt vorgenommenen Abstrichen an die betreffenden Ressorts zurückgelangt, die nun ihrerseits dazu noch Stellung zu nehmen, die Abstriche entweder zu genehmigen oder sie ganz oder teilweise zu bekämpfen haben. Dann erst, wenn dieses Stadium durchlaufen ist, kann der Reichshaushaltsetat für 1911 endgültig aufgestellt und an den Bundesrat gebracht werden. Es läßt sich also gegenwärtig die Gestaltung des neuen Etats noch nicht mit Sicherheit übersehen, geschweige denn die Höhe des Fehlbetrages angeben. Das Bestreben des Reichsschatzamts geht jedenfalls nach wie vor dahin, eine **Balancierung des Etats** herbeizuführen. Ob dies möglich sein wird ist ja **allerdings höchst fraglich**. Für schlechthin unmöglich hält man es aber im Reichsschatzamt noch immer nicht. Sicher ist also vor der Hand nur so viel: Neue Reichssteuervorlagen sind bis auf weiteres nicht zu erwarten und nahezu ausgeschlossen."

Die Wähler werden gut tun, sich diese Erklärung recht genau zu merken, aus der mit aller Bestimmtheit zu entnehmen ist, daß nach den nächsten Reichstagswahlen neue Steuervorlagen zu erwarten sind.

Die Wähler haben damit ihre Wahlparole . . .

Es hängt nun von ihnen ab, dafür Sorge zu tragen, daß ein neuer Steuerbeutezug auf die Taschen der arbeitenden Klassen unmöglich wird.

*

Finanzminister Dr. **Lentze** sprach zu einem Mitarbeiter eines bürgerlichen Pressebureaus über seine Aufgaben. Ein Finanzminister, führte Lentze aus, muß vor allem darauf sehen, daß für die notwendigen Ausgaben des Staates auch die notwendige Deckung vorhanden ist. Es dürfen nicht dauernde Ausgaben neu geschaffen werden, wenn ihre Befriedigung nicht durch die entsprechenden dauernden Mehreinnahmen gesichert ist. Die Einhaltung dieses Grundgedankens ist für die wirtschaftliche Gesundheit eines Staates unbedingt notwendig. Kein Staat kann auf die Dauer gedeihen, wenn seine Finanzen in Unordnung geraten sind. Wenn dies geschah, dann war es unvermeidlich, die Finanzen durch Anziehen der Steuerschraube wieder in Ordnung zu bringen. Vom diesem Gesichtspunkte aus müssen alle Ausgaben sorgfältig darauf geprüft werden, ob sie denn unbedingt notwendig sind. Darunter dürfen natürlich wichtige Staatsinteressen und Volksbedürfnisse nicht leiden.

Der neue Finanzminister setzt seine ganze Hoffnung auf die bessere wirtschaftliche Konjunktur, die, wie er bemerkte, sich eben anbahne. Die Finanzlage Preußens sei offenkundig. Unter der Leitung des früheren Finanzministers Freiherrn v. Rheinbaben seien die Einnahmen nach jeder Richtung hin geordnet, wenn auch ein etatmäßiges Defizit infolge der großen dauernden Mehrausgaben von 200 Mill. Mark für die Gehaltserhöhungen nicht zu umgehen war. Ob sich dieses Defizit für die nächsten Jahre ohne neue Steuern ganz beseitigen läßt, könne er vorläufig noch nicht sagen. Die Fertigstellung des Staatshaushalts-Etats werde noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Es solle berücksichtigt werden, daß ein Finanzminister nicht in der Lage ist, auch nur über einen Pfennig mehr zu verfügen, als ihm gesetzlich zugesprochen werde. Weitere Einnahmen habe er ja nicht. Dagegen stellten sich beinahe täglich neue Ausgaben ein. Und im Finanzressort geschähen noch immer keine Wunder.

Unter der Geißel der Fleischnot.

Die von der **Kölner** Stadtverordnetenversammlung gewählte Kommission zur Vorberatung einer Eingabe an die Staatsregierung in der Fleischnotfrage hat jetzt ihre Aufgabe gelöst und verlangt in ihrer Eingabe eine **sofortige Oeffnung der holländischen Grenze**, Erleichterung der Vieheinfuhr aus **Dänemark**, Wegfall der Tuberkulinimpfung und Verkürzung der Quarantäne. Gleichzeitig hat die Stadt **Düsseldorf** eine Eingabe in gleichem Sinne an die Staatsregierung gerichtet, ebenso die Stadt **Elberfeld**. Diese beschloß außerdem, jährlich 2000 M. zu bewilligen, um **Fischverkaufsstände** in verschiedenen Teilen der Stadt einzurichten. Später sollen diese Verkaufsstände an Gewerbtreibende abgegeben werden. In Fleischerkreisen wird angeregt, in **Massenpetitionen** an den Landwirtschaftsminister zur Ergreifung aller zur Milderung der gegenwärtigen Fleischteuerung durchführbaren Maßnahmen nur das zu fordern, was eine wirkliche Abstellung der Fleischnot herbeiführe und an zuständiger Stelle nicht eine solche strikte Ablehnung erfahre, wie manche in der letzten Zeit erhobenen Forderungen. Hierzu gehöre eine zeitweise Oeffnung der holländischen Grenze und Erleichterung

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100923/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG